

In Kooperation mit | **BertelsmannStiftung** Robert Bosch **Stiftung**

Bündnisinitiative "Bildung für eine demokratische Gesellschaft"

Dokumentation Round-Table No.3

Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 02.06.2017

Moderation:

Martin Nanzig Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Berlin

Josef Blank Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. Berlin

Leitfrage: Wie können wir Bildungseinrichtungen bei ihrer demokratiepädagogischen Organisationsentwicklung stärken?

Die dritte Veranstaltung in der Round-Table Reihe fand in Räumen der Robert Bosch Stiftung, Heidehofstr. 31 in Stuttgart statt. 14 Expert*innen aus Praxis, Stiftungswesen und Wissenschaft bearbeiteten, moderiert durch die DeGeDe, die Leitfrage mit Fokus auf die Frage, wie demokratiepädagogische Organisationsentwicklung in Bildungseinrichtungen gelingen bzw. unterstützt werden kann. Erneut gewannen erhielten die Teilnehmer viele wertvolle Hinweise zum Bündnisvorhaben und zu Fragen der Umsetzung.

Die erarbeiteten Thesen: Leitfrage: Wie können wir Bildungseinrichtungen bei ihrer demokratiepädagogischen Organisationsentwicklung stärken?

Demokratielernen ist kein „Fach“. Demokratiepädagogik muss einen besonderen Stellenwert im Lehrplan haben und darf z.B. nicht mit Schulnoten verknüpft oder isoliert betrachtet werden. Im „Wettbewerb“ mit anderen Fächern fällt das Thema zu häufig „hinten über“. Es muss in allen Fachbereichen mitgedacht und behandelt werden.

Verpflichtendes Thema. Demokratiepädagogische Bildung ist längst nicht in allen Referenzplänen für Schulen verpflichtend eingeführt. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind recht groß. Der Übertrag gelingender Praxis findet zu wenig statt.

Feste Verankerung in den Systemen. Die Umsetzung von demokratiepädagogischen Programmen und Methoden hängt zu häufig von der Eigeninitiative Einzelner ab, die dann oft noch zu wenig Unterstützung erhalten. Damit gelingt es nicht, das Thema erfolgreich und nachhaltig in die Fläche zu bringen.

Starre Strukturen. Die unflexiblen Strukturen in formalen Bildungseinrichtungen erschweren oder verhindern die flexible Gestaltung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern, Organisationen und Programmen. Hier braucht es strukturelle Nachbesserung.

Substantielle Veränderung notwendig. Demokratische Entwicklung von Schule muss an den „Kern“ heranreichen: Schule ist als System hierarchisch angelegt und Unterricht nicht demokratisch. Dies ist Grundlage für gelingende demokratiepädagogische Ausbildung in Bildungseinrichtungen.

Universitäre Lehrerbildung. Wenn Demokratiepädagogik in der Lehrer*innenausbildung integriert ist, findet sie häufig als Thema in Vorlesungen statt und wird nicht praktisch erlernt. Dort, wo das Thema noch gänzlich fehlt, muss es dringend als Pflichtmodul eingeführt werden.

Empfehlungen für die Bündnisinitiative: Leitfrage: Wie können wir Bildungseinrichtungen bei ihrer demokratiepädagogischen Organisationsentwicklung stärken?

Keine Schulentwicklung ohne demokratiepädagogische Entwicklung: Demokratische Entwicklung muss essentieller Bestandteil von Schulentwicklung (SE) sein. Schulentwicklungsbegleitung muss das Ziel grundsätzlich mit verfolgen. Schulen benötigen eine professionelle SE-Begleitung, um die Aufgabe neben dem Schulbetrieb meistern zu können.

Individuelle Entwicklungsmöglichkeiten: Organisationsentwicklung sollte mit Rahmensetzung und Verbindlichkeit, aber auch individuell und passend für jede Bildungseinrichtung erfolgen können, damit sie erfolgreich ist. Hierfür ist eine langfristige und verlässliche Beratung bzw. Begleitung (Fortbildungsangebote) unerlässlich.

Vorteile deutlich machen: Die Bündnisinitiative sollte Bildungseinrichtungen die vielen konkreten Vorteile einer Beschäftigung mit dem Thema Demokratiepädagogik und demokratischer Organisationsentwicklung aufzeigen. Dann sind Interesse und die Bereitschaft (noch) höher.

Lebenswelten berücksichtigen: Die erfolgreiche Vermittlung des Themas bei den Kindern und Jugendlichen kann nur unter Einbeziehung ihrer Lebensräume, den digitalen Medien und über peer-Ansätze gelingen. Das „Ringen“ um Demokratie findet heutzutage vielfach im „Netz“ statt.

Zugänge für Schulen erleichtern: Durch die Verknüpfung mit anderen aktuellen Themen, wie Inklusion oder Geflüchtete, könnte der Zugang zum Thema Demokratiepädagogik für Schulen erleichtert werden bzw. politische Unterstützung erfahren.

Reflexionsräume für die begleitenden Erwachsenen schaffen: Die Bearbeitung des Themas in den Bildungseinrichtungen sollte mit der Reflexion der eigenen Haltung bei den Pädagog*Innen flankiert und unterstützt werden.

Weitere Zielgruppen mitdenken: Bei der demokratiepädagogischen Bildung spielen die Eltern eine wesentliche Rolle. Angebote vor Ort sollten daher die Eltern einbeziehen, informieren und für das Thema gewinnen. Desweiteren sollten stets die Kinder und Jugendlichen mitgedacht und auch Migrant*innen als Zielgruppe einbezogen werden.

Sozialräumlichen Ansatz verfolgen: Entscheidend für den Erfolg ist der sozialräumliche Ansatz und die Schwerpunktsetzung auf gelingende Vernetzung. Die Vorort-Situation ist häufig recht gut, muss aber nachhaltig gestärkt werden. Hier sollte die Initiative ansetzen.

Kompatibilität und Synergien schaffen: Die bestehenden demokratiepädagogischen Angebote sind sehr heterogen, ebenso wie ihre Anbieter und die Verknüpfung untereinander in den Bildungseinrichtungen häufig kaum umsetzbar. Die Bündnisinitiative sollte mehr Austausch, Kooperation und Synergie anstreben.

Kinder- und Menschenrechte: Kinder-/Menschenrechte können als inhaltliches Zentrum für die Bündnisinitiative fungieren. Sie sind zwingend vorgeschrieben bzw. einklagbar. Schulentwicklung mit Ausrichtung auf die Kinder- und Menschenrechte ist immer auch demokratiepädagogische Organisationsentwicklung.

Demokratie & Offenheit: Die Initiative sollte die Aspekte Offenheit und Vielfalt, neben demokratiepädagogischer Bildung, deutlich in den Vordergrund stellen.

Gemeinsames Verständnis Das Bündnis braucht ein gemeinsames Qualitätsverständnis, welches dann wiederum prägend für die Praxis sein kann bzw. sollte. Bei einer Umfeldanalyse sollten diese Indikatoren definiert werden und Berücksichtigung finden.

Interessen der Bündnispartner*innen Die Bündnisinitiative muss im Rahmen der Kooperationen auch die Interessen kleinerer Akteure berücksichtigen, die sich im Feld häufig in „produktiver Konkurrenz“ mit großen Organisationen und Programmen erleben. Ansonsten wird es schwer, diese für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Von den Synergien müssen auch bzw. insbesondere die „Kleinen“ profitieren.

Gelingendes Bündnis Die Bündnisinitiative „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ muss als Schul- und Organisationsentwicklung mit allen relevanten Partnern aus Zivilgesellschaft, Stiftungen und staatlichen Stellen im Verbund angelegt sein.

Starke Verbündete Demokratie ist ein gesamtgesellschaftliches Thema – für das Bündnis sollte auch die Wirtschaft gewonnen und als Unterstützer eingebunden werden. Für diese Partner müssen entsprechende Zugänge zur Initiative geschaffen werden.

BLK-Programm „reloaded“ Die guten Erfahrungen aus dem BLK-Programm „Demokratie leben und lernen“ sollten mit neuen Themen und Erkenntnissen z. B. aus den Bereichen Kinder-/Menschenrechte, digitale Medien, global goals und Nachhaltigkeit verknüpft und in ein neues Programm überführt werden.

Föderalismus überwinden Das Thema braucht länderübergreifenden Austausch und Praxis. In einzelnen Bundesländern, wie Rheinland-Pfalz, gibt es bereits gelingende Beispiele und Koordinierungsstellen.

Politik und Wissenschaft Das Thema muss politisch befördert werden, eine neuerliche KMK-Empfehlung wäre wünschenswert, und Forschungskapazitäten sollten geschaffen werden, die das Vorhaben wissenschaftlich begleiten.

Agenda setting Die Forderung nach demokratiepädagogischer Bildung erfährt bislang noch nicht die erforderliche Unterstützung, um systemverändernd zu wirken. Auch in den Bildungseinrichtungen ist die „Nachfrage“, trotz der öffentlichen Debatten und bekannten Relevanz, noch zu schwach ausgeprägt. Daher sollte die Bündnisinitiative vorrangig ein gemeinsames Agenda-Setting betreiben.

Top down & bottom up Die Initiative braucht ebenso eine politische Legitimierung und Stärkung, wie eine Bewegung „von unten“ über Eltern, Bildungseinrichtungen, Unternehmen u.a. Die Aufgabe ist nur im Rahmen eines breiten, gesamtgesellschaftlichen Bündnisses zu leisten.

Vision und Mission Die Bündnisinitiative sollte Ziele und angestrebte Wirkungen einfach und deutlich erklären und zugänglich machen. Menschen aus unterschiedlichen Kontexten müssen schnell erkennen können, worum es geht und wie sie sich persönlich bzw. institutionell einbringen können.

Teilnehmer*innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Sabine Barth
Stuttgart

Anke Kliewe
Hessisches Lehrkräfteakademie, Frankfurt

Monika Beck
Regierungspräsidium Stuttgart

Martin Müller
Lebenswerke GmbH, Stuttgart

Prof. Dr. Silvia-Iris Beutel
TU Berlin

Andrea Preußker
Robert Bosch Stiftung, Stuttgart

Dr. Wolfgang Beutel
Demokratisch Handeln e. V.,

Jena Beate Schäfer
Regierungspräsidium Stuttgart

Clemens Brüchert
Päd. Landesinstitut Rheinland-Pfalz, Speyer

Dr. Fritz Schäffer Bay.
Lehrer- und Lehrerinnenverband, München

Vera Härle
Staatl. Seminar f. Sonderpädagogik, Stuttgart

Sonja Student
Makista e. V., Frankfurt

Sebastian Jakob
Robert Bosch Stiftung, Stuttgart

Christian Willd
Gewaltprävention u. Demokratielernen (GuD) des Hessischen Kultusministeriums, Frankfurt

Moderation:

Josef Blank Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Berlin
Martin Nanzig Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V., Berlin